

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 88 (2013)
Heft: 4

Artikel: Ständerat : ja - ohne Flügel
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-715742>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ständerat: Ja – ohne Flügel

Wohl sagte der Ständerat am 5. März 2013 mit 22 zu 20 Stimmen knapp Ja zum Gripen. Aber gleichzeitig stutzte er dem Schweden-Jet die Flügel bei der Finanzierung. Zur Aufhebung der Schuldenbremse wären 24 Stimmen nötig gewesen. Abgegeben wurden jedoch nur 23 Ja-Stimmen – eine zu wenig. Das Geschäft geht jetzt in den Nationalrat.

Das Verhängnis begann mit der Stimmenthaltung oder Abwesenheit von drei bürgerlichen Ständeräten:

- Fournier (CVP/VS) und Schmid (FDP/GR) fehlten bei der entscheidenden Ausmarchung.
- Abate (FDP/TI) enthielt sich im entscheidenden Moment der Stimme.

23 zu 20 (nicht zu 19)

Laut *Tages-Anzeiger* lautete das präzise Ergebnis nicht 23 zu 19 wie im amtlichen Bulletin, sondern 23 zu 20 gemäss *Tagi*-Aufstellung. Demnach lehnten die Aufhebung der Ausgabenbremse ab:

- Die elf Sozialdemokraten: Berberat (NE), Bruderer Wyss (AG), Fetz (BS), Hêche (JU), Janiak (BL), Levrat (FR), Maury Pasquier (GE), Rechsteiner (SG), Savary (VD), Stöckli (BE) und Zanetti (SO).
- Die beiden Grünen Cramer (GE) und Recordon (VD).
- Die beiden Grünliberalen Diener Lenz (ZH) und Stadler (UR).
- Von der FDP: Comte (NE) und Egerszegi (AG).
- Von der CVP: Imoberdorf (VS) und Seydoux (JU).
- Von der SVP: Jenny (GL).

Maurer konsterniert

Das ergibt in der Tat 20 Stimmen. Die Differenz zum amtlichen Bulletin ist aber nicht matchentscheidend. Schwerer wiegt, dass die angeschlagene bürgerliche Ratsmehrheit das bei der Ausgabenbremse notwendige absolute Mehr um eine Stimme verfehlte.

Bundespräsident Ueli Maurer war nach der knappen Niederlage konsterniert. An sich hatte die Debatte mit zustimmenden Voten aus der vorberatenden Kommission gut begonnen:

- Von der FDP sprachen Hess (OW, Kommissionspräsident), Altherr (AR) und Freitag (GL) völlig gerade für den Gripen-Kauf.

- Ebenso von der CVP Bieri (ZG), Niederberger (NW), Baumann (UR) und Schwaller (FR).
- Und von der SVP Kuprecht (SZ).

Nein von links

Von der Linken kamen wie erwartet ablehnende Stellungnahmen vom Grünen Recordon (VD) und den Sozialdemokraten Zanetti (SP) und Hêche (JU).

Das Unheil bahnte sich erst an, als sich der Glarner SVP-Ständerat Jenny vehement gegen Flieger wandte. Jenny rief aus, dass die Schweiz ihre Luftherrschaft verteidigen müsse, sei so abwegig, wie dass die Aare einmal zu den Alpen fliesse.

Wenig Gutes versprach auch das ambivalente Votum des Tessiner Freisinnigen Abate, der sich ja dann der Stimme enthielt.

Bundespräsident Maurer hatte das positive Ergebnis des Ständerates pro Wehrpflicht im Rücken, als er den Gripen mit Verve verteidigte. Das schwedische Flugzeug erfülle alle Anforderungen, es sei kostengünstig – und die vorliegenden Verträge seien gründlich erarbeitet und überprüft worden.

Leise Enttäuschung

Allein, das genügte nicht. Schon die Grundsatz-Abstimmung «Gripen Ja/Nein» brachte mit 22 zu 20 Stimmen nach der klaren Kommissionsempfehlung (9 Ja zu 4 Nein) eine erste leise Enttäuschung.

So knapp hatten die Gripen-Freunde das Ergebnis im Plenum nicht erwartet. Dass von der klaren bürgerlichen Mehrheit in der Ständekammer nur 22 dem neuen Jet zustimmten, wurde auch in Bezug auf eine theoretisch mögliche Volksabstimmung nicht gerade als Erfolg bewertet.

Doch zurück zur Ausmarchung über die Schuldenbremse. Es gehört sich, auch die 23 Bürgerlichen aufzuführen, die Ja stimmten:

- Von der FDP: Altherr (AR), Eder (ZG), Freitag (GL), Gutzwiller (ZH), Hess (OW), Keller-Sutter (SG), Theiler (LU).

- Von der CVP: Baumann (UR), Bieri (ZG), Bischof (SO), Bischofberger (AI), Engler (GR), Graber (LU), Häberli (TG), Lombardi (TI), Niederberger (NW), Schwaller (FR).
- Von der SVP: Eberle (TG), Föhn (SZ), Germann (SH), Kuprecht (SZ).
- Von der BDP: Luginbühl (BE).
- Parteilos: Minder (SH).

Ungeteilte Ständesstimme

Reizvoll sind die Kantonsstimmen:

- Die ungeteilte Ständesstimme für Aufhebung der Schuldenbremse liefern: die beiden Appenzell, Zug, Thurgau, Schwyz, Schaffhausen, Luzern, Ob- und Nidwalden.
- Man beachte: Das sind alles deutschsprachige Stände aus der Zentral- oder Ostschweiz.
- Die ungeteilte Ständesstimme gegen Aufhebung gaben ab: Neuenburg, Aargau, Genf, Jura, Waadt, Basel.
- Das sind die drei protestantischen Kantone der Romandie plus Jura sowie die beiden Basel – und Aargau!
- Andere Stände teilten ihre Stimmen auf – oder es ergab sich wegen Enthaltung oder Fehlens nur eine Stimme für oder gegen Aufhebung der Bremse.

Aargau – quo vadis?

Darunter finden sich Kantone, die landläufig durchaus zu den armeefreundlichen Ständen gezählt werden – wie St. Gallen, Tessin, Uri, Solothurn, Zürich, Graubünden, Wallis, Glarus, Fribourg und Bern.

Am enttäuschendsten jedoch fällt das Doppel-Nein des eidgenössischen Standes Aargau aus. Für viele gilt der Aargau als der militärfreundliche Kanton schlechthin. Mindestens am 5. März 2013 stimmte das mit der Stimmabgabe der beiden Ständesvertreterinnen nicht überein.

Zu Beginn der politischen Entscheidungsphase 2013/14 gilt es zur Kenntnis zu nehmen, dass es in Bundesbern keine sicheren Mehrheiten mehr gibt. **fo. **